

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 866 848 ppbn d
Telefax: 21 09 64

Inhalt

Dr. Dieter Spöri MdL zum Erfordernis, die Kosten der Einheit gerecht zu verteilen: Solidarität nicht überstrapazieren!

Seite 1

Heinz Westphal MdB zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel vor 25 Jahren: Rücksichtnahme ist kein Zeichen der Schwäche.

Seite 3

Peter Büchner MdB zu den unmittelbaren Problemen und Fragen im deutsch-deutschen Sportgeschehen: Es gibt wichtigeres als ein gemeinsames Olympia-Team.

Seite 4

Horst Peter MdB zur Bonner Art Kosten zu sparen und der gesundheitspolitischen Alternative der SPD: Durch Blüms Reform wird niemand gesünder, das Kranksein aber teurer.

Seite 5

45. Jahrgang / 90

11. Mai 1990

Solidarität nicht überstrapazieren!

Vorschlag für eine gerechte Verteilung der Kosten der Einheit

Von Dr. Dieter Spöri MdL

Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag von Baden-Württemberg

Bundesfinanzminister Waigel hat die Länder mit dem Vorschlag konfrontiert, Bund und Länder sollten das durch ihn auf 40 Milliarden DM (1990) beziehungsweise 60 Milliarden DM (1991) veranschlagte Defizit des DDR-Haushalts jeweils zu einem Drittel finanzieren, die DDR solle den Rest selbst tragen. Dieser Vorschlag von Waigel ist für die Länder völlig unannehmbar: Alle Länder müßten nach dem Finanzierungsschlüssel des Bundesfinanzministers noch in diesem Jahr circa 13 Milliarden DM zusätzlich aus ihrem laufenden Haushalt und 1991 20 Milliarden DM zur Finanzierung des DDR-Haushaltsdefizits entrichten - also 30 Prozent ihres gesamten Investitionsvolumens.

Auch wenn wir aufgrund der neuen Steuerschätzung im Mai mit konjunkturbedingt kräftigen Steuermehreinnahmen rechnen können, ist die Forderung Waigels undurchdacht, unverkraftbar und ungerechtfertigt: Einerseits hat der Bund seine Einnahmen durch Anhebung der Verbrauchssteuer 1989 einseitig verbessert. Andererseits kann der Bund seinen Lastenanteil am Defizit durch den stufenweisen Abbau der Verteidigungsausgaben und der Kosten der deutschen Teilung - Zonenrandförderung, Berlin-Hilfe, Reise-devisenfonds und Zuschüsse zu den Transitstrecken - wieder refinanzieren. Die Länder haben hier keine vergleichbaren Möglichkeiten zur Refinanzierung.

Schon deshalb widerspricht das Finanzierungsmodell des Bundesfinanzministers einer gerechten Verteilung der deutschen Einheit im Verhältnis von Bund und Land.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
mit 100% Recycling-Papier



Auch die in manchen Ländern angestellte Überlegung, daß Bund und Länder gemeinsam mit einem aus Kapitalmarktmitteln vorfinanzierten Fonds das DDR-Haushaltsdefizit decken, ist wegen der zusätzlichen Belastung des schon jetzt angespannten Kapitalmarkts äußerst problematisch: Wenn die Länder nur am Zinsdienst für diesen Fonds beteiligt würden und die Tilgung aus dem Abbau teilungsbedingter Kosten bestritten würde, wäre dies 1990 und 1991 zusammengenommen ein kreditfinanzierter neuer Schattenhaushalt von 100 Milliarden DM. Man stelle sich vor, welche zinstreibende Wirkung dieser Schattenhaushalt hätte. Schon aus diesem Grund sollten alle Länderregierungen über Parteigrenzen hinweg für eine klare Arbeitsteilung zwischen Bund und Ländern eintreten:

Die Länder tragen dabei als ihren Anteil an den Kosten der Einheit die Mittel für die längst angelaufenen Länderpartnerschaften und die künftig kostspieligen Finanzausgleichsmaßnahmen zugunsten der Länder der bisherigen DDR. Es wird unausweichlich sein, daß die gesamte Finanzausgleichsmasse von heute zehn Milliarden DM wachsen muß und daß dabei auch alle Länder der Bundesrepublik einen Solidarbeitrag leisten.

Der Bund muß die Kosten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion selbst voll übernehmen. Es handelt sich schließlich um seinen politischen Zuständigkeitsbereich. Dabei stellt sich aber die Frage, ob die Bundesrepublik in diesem Zusammenhang auch noch DDR-Haushaltsdefizite abdecken soll.

Sollte die 40 beziehungsweise 60 Milliarden DM-Defizitschätzung von Waigel für die DDR in '90 beziehungsweise '91 sogar schon überholt sein und die Angabe eines 120 Milliarden DM-Defizits der DDR durch Staatssekretär Krause, den Beauftragten von Ministerpräsident de Maiziere, keine Tarnmeldung sein, müßte bei aller Solidaritätsbereitschaft um so mehr mit der DDR-Regierung in dieser Frage endlich Klartext gesprochen werden: Es ist grundsätzlich nicht einsehbar, daß die Bürger der Bundesrepublik auch noch DDR-Haushaltsdefizite finanzieren sollen. Schließlich kann der Staat in der DDR aus seinem riesigen Fundus von Haus- und Immobilienvermögen entsprechende Verkaufserlöse zur Abdeckung des Haushaltsdefizits heranziehen. Man überstrepaziert die Solidaritätsbereitschaft der Menschen in der Bundesrepublik, wenn sie auch noch das finanzieren sollen, was die DDR selbst leisten kann.

(-/11.5.1990/rs/ks)

* * *

Rücksichtnahme ist kein Zeichen der Schwäche

Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel vor 25 Jahren

Von Heinz Westphal MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

In einem Brief, den der frühere Bundespräsident Theodor Heuss am 28. September 1963, wenige Wochen vor seinem Tode, an den damaligen Bundeskanzler Adenauer richtete, heißt es: „Ich persönlich habe das Gefühl, daß die Herstellung diplomatischer Beziehungen überreif ist. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diese Sache noch in Ihrer Amtszeit zum Abschluß bringen wollten.“ Dieser Wunsch des großen alten Mannes nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel ging nicht in Erfüllung: erst am 12. Mai 1965, vor 25 Jahren, wurden in Bonn die Briefe zwischen dem Nachfolger Konrad Adenauers als Bundeskanzler, Ludwig Erhard, und dem israelischen Premierminister Eschkol ausgetauscht und damit die diplomatischen Beziehungen zwischen unseren Staaten begründet.

Viel zu spät, wie man leider sagen muß, als daß der 12. Mai 1965 zu einem Zeichen des Neuanfangs oder auch nur eines ersten Höhepunktes in der Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen hätte werden können.

Die Ursache für die widerstrebende Haltung der Bundesregierung, der auf israelischer Seite im übrigen eine große Bereitschaft zur Normalisierung - soweit im deutsch-israelischen Verhältnis von „Normalität“ die Rede sein kann - der Beziehungen entgegenstand, war dieselbe, die die deutsche Außenpolitik auch in anderen Bereichen lähmte: die Hallstein-Doktrin, also die Fiktion, daß der Anspruch auf das Alleinvertretungsrecht ein Beitrag sei, der deutschen Einheit näher zu kommen. Diese Doktrin diente den arabischen Staaten als Ansatz, mit der Drohung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum kommunistischen Regime der DDR die Weiterentwicklung der Beziehungen zu Israel zu verhindern. Und sie war auch solchen Kräften in der Bundesrepublik, die engere staatliche Beziehungen zu Israel aus anderen Gründen ablehnten, ein bequemer Vorwand, um ihre Ziele zu verfolgen.

Der 12. Mai 1965 markiert also lediglich das Datum, zu dem - um es mit den Worten Levi Eschkols auszudrücken - die damalige Bundesregierung „ihre sonderbare Isolierung innerhalb der Kulturstaaten Europas in der Frage der diplomatischen Beziehungen zu Israel“ aufgab und damit den vielfältigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen, die zwischen den beiden Staaten bereits gewachsen waren, einen staatlichen Rahmen gab, der die Möglichkeit der Pflege der Beziehungen verbesserte und deren Fortentwicklung erleichterte. Insofern hat es seine Berechtigung, wenn die „Jerusalem Post“ die Auffassung vertritt, daß seit 1965 die Bundesrepublik - nach den USA - zum engsten Freund Israels geworden sei, und ich möchte hervorheben, daß es nicht zuletzt die 1966 gegründete Deutsch-Israelische Gesellschaft war, die diese Entwicklung vorantrieb. In ihr bot sich allen Personen und Organisationen, die sich die Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern zum Ziel gesetzt hatten, die Möglichkeit, die Verständigung zu fördern und die Last der Vergangenheit als Verantwortung für die Zukunft zu begreifen. Nicht zufällig wurde Gerhard Jahn ihr 1. Präsident, der schon lange und immer wieder die Bundesregierung gedrängt hatte, die Hallstein-Doktrin nicht als Rechtfertigung dafür zu mißbrauchen, daß es zwar in Kairo und Damaskus, nicht aber in Tel Aviv einen deutschen Botschafter gab.

Wir gedenken des 12. Mai 1965 zu einer Zeit, da ein weiterer Schritt im deutsch-israelischen Verhältnis vollzogen wird, der ebenfalls lange überfällig war: In einer Entschließung der Volkskammer bitten die erstmals frei gewählten Abgeordneten der DDR die Juden in aller Welt um Verzeihung „für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel“, und die Präsidentin der Volkskammer erklärt: „40 Jahre hat man uns gelehrt, wir seien die Sieger der Geschichte. Heute wissen wir, daß das historische Erbe nicht teilbar ist.“ Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der DDR steht bevor, und ich möchte den 25. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel zum Anlaß nehmen darauf hinzuweisen, daß es auch und gerade angesichts der Einigung unseres Landes keine Normalität der Beziehungen zu Israel geben kann. Die Mahnung von Jitzhak Ben-Ari, dem ehemaligen israelischen Botschafter zu Bonn, muß ernst genommen werden, daß noch immer „Juden ihren Glauben an die Menschheit über ihr Verhältnis zu den Deutschen zurückgewinnen“ müssen. Gerade in unseren Beziehungen zu Israel sollten wir immer daran denken, daß Rücksichtnahme kein Zeichen der Schwäche ist.

{-/11.5.1990/rs/ks}

Es gibt wichtigeres als ein gemeinsames Olympia-Team

Zu den unmittelbaren Problemen und Fragen im deutsch-deutschen Sportgeschehen

Von Peter BÜCHNER MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Sportauschuß des Deutschen Bundestages

Schon für die Olympischen Spiele 1992 in Albertville und Barcelona machen Spekulationen um eine gesamtdeutsche Mannschaft die Runde. Sowohl bei dem Treffen der für die Sportpolitik zuständigen Minister Dr. Schäuble aus der Bundesrepublik und Frau Schubert aus der DDR als auch aus Erklärungen von Sportführern scheint dieses Thema oben anzustehen.

Gegen die Bildung einer gesamtdeutschen Mannschaft ist natürlich nichts einzuwenden, wenn die politischen und sportpolitischen Voraussetzungen erfüllt sind. Aber der deutsche Sport hat zur Zeit wichtigere Sorgen und dringendere Probleme.

In der DDR soll der Breitensport neu organisiert und ein Vereinswesen aufgebaut werden. Dazu bedarf es der organisatorischen Hilfe des bundesdeutschen Sports, insbesondere der Landesverbände. Durch die entstandenen Partnerschaften sind dabei nützliche Anfänge gemacht worden.

Der direkte Erfahrungsaustausch erfolgt bei den zahlreichen Begegnungen, die jetzt schon stattgefunden haben oder die für die nächsten Monate angesiedelt sind. Hier gibt es erfreulicherweise eine explosionsartige Ausweitung.

Während in dem noch vor Jahresfrist mühsam ausgearbeiteten „Sportkalender“ rund 120 deutsch-deutsche Begegnungen standen, rechnet der deutsche Sport in diesem Jahr mit ungefähr 5.000 Veranstaltungen.

„Am Geld jedenfalls werden die sportlichen Begegnungen zwischen Vereinen und Mannschaften beider deutscher Staaten nicht scheitern“, erklärte unlängst die Bundesregierung. Ist die Finanzierung damit nun wirklich gesichert?

Der Hochleistungssport in der DDR ist zu Recht in Mißkredit geraten. Gigantischer Aufwand an Personal, Trainingszentren und ideologische Überfrachtung gemeinsam mit Manipulationen aller Art (vor allem die Dopingproblematik), haben den Sport ausschließlich zum Knecht nationaler Prestigeinteressen gemacht. Die Bevölkerung der DDR steht dem ablehnend gegenüber.

Aber den Leistungssport in der DDR wird es auch in Zukunft geben, später wird er dann in einen gesamtdeutschen Hochleistungssport münden. Deswegen muß man zwar die Strukturen ändern, aber einen tiefen Einbruch des DDR-Leistungssports zu verhindern versuchen. Auch dies bedarf der Beratung und Unterstützung durch die Spitzenverbände des DSB mit dem BAL und der Deutschen Sporthilfe. Schwer genug wird das sein.

Die Aufgabe, den Sport zielstrebig und mit Fingerspitzengefühl für die politische Entwicklung voranzubringen, ist wichtiger als der vordergründige Ruf nach einem gemeinsamen Olympia-Team.

Es wäre hilfreich, wenn dies auch die Bundesregierung und die Regierung der DDR erkennen und wenn sich Sportführer mit schlagzeilenträchtigen Zeitprognosen für eine gesamtdeutsche Mannschaft zurückhalten würden.

Die bisherige Linie des DSB und der meisten Spitzenverbände war richtig. Wir bereiten die Gemeinsamkeit des Sports durch eine intensive Zusammenarbeit jetzt vor, ohne den politischen Abläufen vorzugreifen. Dabei sollte es bleiben, trotz Albertville und Barcelona.

(-/11.5.1990/rs/ks)

Durch Blüms Reform wird niemand gesünder, das Kranksein aber teurer

Zur Bonner Art Kosten zu sparen und der gesundheitspolitischen Alternative der SPD

Von Horst Peter MdB

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen

Eine an Gesundheitsförderung orientierte Gesundheitspolitik, eine an Patienteninteresse und an den medizinischen Erfordernissen orientierte wirtschaftliche und solidarische Krankenbehandlung wird durch die gewachsenen Strukturen des Gesundheitswesens in der Bundesrepublik objektiv behindert. So verwundert es nicht, daß die groß angekündigten Strukturreformen im Gesundheitswesen in der Vergangenheit die kritisierten Strukturen weitgehend unangetastet gelassen haben und nur zu mehr oder weniger gelungenen Kostendämpfungsgesetzen geraten sind.

Hauptursachen hierfür sind:

- die fehlende gesundheitspolitische Gesamtverantwortung
- die organisatorische Trennung der verschiedenen Handlungsebenen der Gesundheitspolitik, die in der politischen Diskussion nur unzulänglich zusammengeführt werden
- die Abschottung wesentlicher Entscheidungsprozesse im Gesundheitswesen von der Öffentlichkeit
- die weitgehende Ausgrenzung der Betroffenen
- die berufsständische Zersplitterung der Interessenvertretung der im Gesundheitswesen Tätigen
- die Dominanz der ökonomisch Mächtigen im Arzneimittel- und Großgerätebereich.

So orientiert sich die politische Kompetenz auf Bundesebene sehr stark an den von den Kassen und großen Anbietern dominierten Feldern der Gesundheitspolitik, während die landespolitische Kompetenz von den Auswirkungen auf die Landeshaushalte begrenzt wird. Die kommunale Ebene jedoch erlebt den gesundheitspolitischen Problemdruck direkt bei gleichzeitig fehlenden Handlungskompetenzen.

Im Gesundheitswesen beruflich und ehrenamtlich Tätige stoßen ebenso wie Selbsthilfegruppen an die Mauern der Gremien der Selbstverwaltung, deren Entscheidungen sich wesentlich am Kriterium der Beitragsstabilität treffen und die ihre Entscheidungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit diskutieren und treffen.

Selbst die berufsbezogenen Interessen der im Gesundheitswesen Tätigen sind nicht einheitlich und sogar bei den Gewerkschaften liegen Berufsinteresse an angemessenen Arbeitsbedingungen und Arbeitseinkommen der Beschäftigten im Gesundheitswesen im Widerstreit zu Versicherteninteressen an niedrigen Krankenversicherungsbeiträgen.

Diese strukturellen Reformhemmnisse schlagen sich nieder in den stets lückenhaften und stets umstrittenen Versuchen zu einer gesundheitlichen Gesamtreform oder zu sinnvollen Teilreformen zu kommen.

Auch der letzte von Blüm zu verantwortende Versuch - großspurig als Gesundheitsreformgesetz angekündigt - wird seinem Namen nicht gerecht:

- wegen der fehlenden Kassenstrukturreform
- wegen der fehlenden Reform der psychiatrischen Versorgung
- wegen der fehlenden Krankenhausreform
- wegen der unzulänglichen, in der Ausfüllung durch die Gremien der Selbstverwaltung nochmals reduzierten Abdeckung des Risikos „Pflegebedürftigkeit“
- wegen der bisher unterbliebenen, im Satzungsdschungel der Kassen hängenden Erweiterung der Prävention im Hinblick auf die Unterstützung medizinischer Selbsthilfegruppen.

So können die Kassen nach Paragraph 20(3) GRG satzungsmäßig Zuschüsse an medizinische Selbsthilfegruppen als „Ermessensleistungen zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit und zur Verhütung von Krankheiten“ festlegen; Paragraph 67 öffnet den Kassen die Möglichkeit der Beteiligung an der Erprobung von Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit und Gesundheitserziehung.

Durch das Gesundheitsreformgesetz wird niemand gesünder. Für viele, zum Beispiel chronisch Kranke, wird Kranksein aber teurer. Das Gesundheitsreformgesetz ist ein weiteres Kostendämpfungsgesetz, das zudem extrem ungerecht und unsozial angelegt ist.

Etliche Probleme sind weiterhin ungelöst. So

- die Anpassung der Anhaltzahlen im Bereich der Krankenpflege.

Hier mauern die Kassenverbände.

- die Frage der Fehlbesetzung in den Krankenhäusern.

Die Bundesländer zeigen geringe Neigung, sich damit ernsthaft auseinanderzusetzen, weil sie Auswirkungen auf die Kostensituation in der Altenpflege befürchten.

Gescheitert sind bisher auch die Versuche, die für eine Neuorientierung der Gesundheitspolitik zentrale Aufgabe zu lösen, einen erweiterten Gesundheitsbegriff, der Gesundheitsförderung in den Mittelpunkt stellt, in der gesundheitspolitischen Diskussion zu verankern.

Notwendig ist, die gesundheitspolitische Diskussion strukturübergreifend zu führen und sie aus den meist von Einzelinteressen bestimmten Expertendiskussionen zu lösen, die zudem in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen werden. Die SPD hat sich im Rahmen der Diskussion um das GRG dieser strukturübergreifenden Diskussion gestellt. Die SPD tritt dafür ein,

- daß sich der Deutsche Bundestag durch Verabschiedung und Fortschreibung eines Orientierungsrahmens eindeutig zur politischen Gesamtverantwortung für die Gesundheitspolitik bekannt,
- daß regionale Gesundheitskonferenzen diesen Rahmen in der Region ausfüllen,
- daß das Prinzip des Interessenausgleichs gestärkt wird,
- daß die Demokratisierung des Gesundheitswesens durch die Beteiligung der Betroffenen, besonders in den Regionen, vorankommt.

Im Kern des gesundheitspolitischen Teils des in Berlin verabschiedeten neuen Grundsatzprogramms der SPD steht deshalb ein am Gesundheitsbegriff der WHO orientiertes Verständnis von Gesundheit als ein „Zustand körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens der Menschen“ und die daraus abgeleitete Bedeutung der Gesundheitsförderung als durchgängiges Prinzip der Gesamtpolitik.

(-/11.5.1990/rs/ks)